

## England und der amerikanische Nachrichten- dienst.

N. New-York, 14. August. (Zuspruch des Vertreters des Wolffschen Bureaus.) Unter der Ueberschrift „Blockade der Kabel“ beschäftigt sich der Leitartikel der „New-York World“ mit dem Protest amerikanischer Journalisten in Berlin gegen die Unterdrückung ihrer Meldungen durch die britische Zensur und schreibt: Da keinem militärischen Interesse dadurch gebient werden kann, muß man annehmen, daß England darauf ausgeht, die Welt außerhalb der Kriegszone über die Verhältnisse innerhalb derselben zu täuschen. Zu diesem Zwecke tut seine Zensurbehörde den Neutralen Feindseligkeiten an, ohne seinem Feinde Schaden zuzufügen. Die Lage in Deutschland wird nicht dadurch geändert, daß Meldungen über dasselbe verstümmelt oder vernichtet werden. Dies ist der Fall bei dem Vertreter des „World“ in Berlin, von dessen 72 Meldungen im Juli nur 21 angekommen sind. Es geht daraus klar genug hervor, daß man in London in der Blockade von Nachrichten ebenso entschlossen und rücksichtslos vorgeht, wie in irgend einer Maßnahme des wirklichen Krieges. Für eine solche Kritik muß es Gründe geben. Vielleicht werden sich die amerikanischen Geldgeber und Kaufleute, die den Allierten meist ins Blaue hinein ungeheure Kredite eröffnen, veranlaßt fühlen, nach den wahren Absichten dieser Politik zu forschen.

### Eine Erklärung des amerikanischen Botschafters in Berlin.

N. Berlin, 16. August. Das Wolffsche Bureau meldet: In Angelegenheit des Protestes der amerikanischen Berichterstatter in Deutschland gegen die Behinderung ihrer Berichterstattung nach Amerika durch die englische Zensur gab der amerikanische Botschafter den Korrespondenten folgende Erklärung, die er uns gemeinsam mit den amerikanischen Korrespondenten zu veröffentlichen bittet:

„Ueber die Haltung der amerikanischen Berichterstatter in Deutschland und des amerikanischen Botschafters zu der Frage der Zensur scheint ein leichtes Mißverständnis zu bestehen. Auf Witten der Berichterstatter übermittelte der Botschafter einen Protest der amerikanischen Berichterstatter in Berlin gegen die britische Zensur nach Washington, um dadurch vielleicht einen nicht formellen Schritt zu veranlassen, da natürlich ein formeller Protest eines Landes gegen die Zensur eines anderen Landes unmöglich ist. Später machte der Botschafter in einer Unterhaltung den Berichterstattern die Mitteilung, daß er seiner Regierung verschiedentlich berichtete, daß ganz natürlicherweise eine Zensur über Depeschen von Deutschland nach Amerika in Berlin bestehe, und brachte bei den Berichterstattern in freundschaftlicher Weise in Anregung, daß möglicherweise Gelegenheit wäre, eine gewisse Erleichterung dieser Zensur zu erhalten, da er glaube, daß je freier der Nachrichtenverkehr zwischen Deutschland und Amerika wäre, umso besser ein Verständnis zwischen beiden Ländern erzielt werden könnte.“

Der Botschafter freut sich, feststellen zu können, daß die von den amerikanischen Berichterstattern in Deutschland nach Amerika gesandten Berichte die Lage in Deutschland stets wahrheitsgemäß darstellten, daß diese Berichte seiner Meinung nach den besten Traditionen ehrenwerter Zeitungsberichterstatter treu geblieben sind, sowie daß nur in wenigen Fällen in vergangener Zeit sächliche Einwirkungen des deutschen Zensors auf ihre Telegramme zu seiner Kenntnis gekommen sind. Der Botschafter verstand die Berichterstatter dahin, daß sie ihn baten, ihre Beschwerde gegen den britischen Zensor zu unterstützen, was er natürlich in seiner Eigenschaft als Botschafter nicht tun konnte. Es ist nunmehr klar, daß die Berichterstatter ihn nur baten, Uebermittler ihrer Beschwerde zu sein. Die amtliche Ablehnung des Botschafters kann andererseits nicht als Mißbilligung des Protestes betrachtet werden. Sowohl die amerikanischen Berichterstatter wie der Botschafter hoffen, daß das einzige Ergebnis dieses kleinen Mißverständnisses in einem freieren Nachrichtenaustausch zwischen Deutschland und Amerika und infolge dessen in freundschaftlicheren Empfindungen zwischen beiden Ländern bestehen wird.“

## Meinungen Gerards.

N. Köln, 16. August. Ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ führt eine Mitteilung der „Times“ an, wonach der amerikanische Botschafter in Berlin Gerard zu Berliner Vertretern amerikanischer Zeitungen sich dahin geäußert haben soll, es sei ihm bekannt, daß scharfe ausfällige Kritiken deutscher Zeitungen von der Zensur nicht durchgelassen worden seien. Er habe deshalb, wenn er angenommen habe, daß von der Zensur eine Zeitungsnachricht nicht durchgelassen werde, seinerseits seiner Regierung solche Pressestimmen, wenn sie Amerika feindlich gesinnt waren, übermittelt.

Das Telegramm sagt dann: Dieses Vorgehen des Botschafters Gerard muß die schärfste Kritik heraus-

fordern. Abgesehen davon, daß die hiesigen amerikanischen Pressevertreter selbst in der Lage sind, wenn nötig, sich über die Handhabung der deutschen Zensur zu beschweren, und daß es nicht Sache des Botschafters ist, die amerikanischen Korrespondenten, ohne daß sie ihn darum ersucht haben, gegen die deutsche Zensur in Schutz zu nehmen, beruht das Vorgehen des Botschafters auf einer grundsätzlich falschen Auffassung. Die englische Zensur hält unberechtigterweise durchgehende Depeschen aus Deutschland, die England nichts angehen und an ein neutrales Land gerichtet sind, an. Daß Telegramme, die aus einem kriegführenden Lande hinausgeschickt werden, die Zensur dieses Landes zu passieren haben, ist selbstverständlich und das Recht und die Pflicht der Behörden des kriegführenden Landes und wird in allen kriegführenden Ländern so gehandhabt. Das erfordert die Sicherheit des Landes und ist eine notwendige Kriegsmaßregel, die so selbstverständlich ist, daß darüber nichts weiter gesagt zu werden braucht. Daß Botschafter Gerard diese in einem kriegführenden Lande notwendige Bestimmung der unberechtigten englischen Zensur der durchgehenden Depeschen gleichstellt, daß er den grundsätzlichen Unterschied nicht sieht, der darin liegt, daß die Engländer systematisch in ihrem Interesse eine wahrheitsgemäße Unterrichtung eines neutralen Landes verhindern, während wir eine Maßregel der Sicherheit üben, zu der wir als kriegführendes Land berechtigt sind, ist außerordentlich bedauerlich und es wäre recht sehr zu wünschen, daß sich Herr Gerard dieses Unterschiedes bewußt würde. Was die Ausübung der Zensur an ausgehenden Depeschen betrifft, so kann der Botschafter gar nicht feststellen, ob und was für Streichungen von uns daran vorgenommen werden, weil diese Telegramme ja bekanntlich auch noch die englische Zensur passieren, die, wie die amerikanischen Journalisten genau wissen, systematisch streicht und verstümmelt, wie es ihr paßt. Die Behauptung, daß die deutsche Zensur amerikafeindliche Presseäußerungen nicht durchlasse, ist schon aus dem Grunde gegenstandslos, weil die deutschen Zeitungen sofort nach ihrem Erscheinen unbehindert nach dem neutralen Ausland versandt werden können, so daß auch die amerikafeindlichen Auslassungen der deutschen Zeitungen unbehindert nach den Vereinigten Staaten und zur Kenntnis des amerikanischen Publikums gelangen können.